

Jens Hacke

Die Bundesrepublik als Idee

Zur Legitimationsbedürftigkeit
politischer Ordnung



Die Entstehung der Bundesrepublik hatte ihren Ursprung in der totalen Kriegsniederlage und den politischen Vorgaben der Westalliierten. Konservative wie linke Kritiker waren sich einig darin, geringschätzig auf ein „Land ohne Idee“ herabzublicken. Im Rückblick auf die sechzigjährige Bundesrepublik eröffnet sich jedoch eine überzeugende ideenpolitische Perspektive – nämlich eine eigenständige Begründung des liberalen Verfassungsstaates als Option für den Westen. Heute ist zu fragen, ob sich aus ihr auch Orientierungen für Krisenzeiten gewinnen lassen.

Jens Hacke

Die Bundesrepublik als Idee

Zur Legitimationsbedürftigkeit
politischer Ordnung

Leseprobe

Hamburger Edition

Ideenpolitik und Verfassungswirklichkeit

»Die Bundesrepublik als Idee« – der Titel ist erläuterungsbedürftig, denn natürlich ist die Bundesrepublik Deutschland nicht nur eine Idee, sondern seit 60 Jahren staatsrechtliche und politische Wirklichkeit. Selten aber hat ein Gemeinwesen so viel Aufwand treiben müssen, um eine Idee von sich selbst zu entwickeln. Auf eine nicht unwesentliche Bedeutungsschicht der Staatstitulatur »Bundesrepublik« hat der Historiker Reinhart Koselleck hingewiesen: Der ursprünglich gegen Ende des 18. Jahrhunderts geprägte Begriff skizzierte einen neuen politischen Erwartungshorizont der deutschen Aufklärung und war schon damals »ein Vorgriff auf die Zukunft«: »Ohne mit ›Staat‹ assoziiert zu werden, sollten die bündischen Erfahrungen neu geordnet werden, um das Reich in eine Republik gleichberechtigter Stände mit allgemeinen Bürgerrechten zu überführen.« Begriffsgeschichtlich markiert der Name »Bundesrepublik« im Sinne einer föderalen Selbstorganisation eine technisch-pragmatische Note und verzichtet auf symbolisch-emphatische Selbstidentifikation. Koselleck sieht darin »Enthaltbarkeit«, ein »Ergebnis der Ernüchterung« und ein »Unterpfand pragmatischer Politik« – in diesen Wendungen würde man heute wohl einigermaßen treffende Charakterisierungen des deutschen Selbstverständnisses erkennen.¹ Gleichwohl lässt sich ein Staat, auch ein föderaler, weder auf diese Merkmale be-

1 Koselleck, Diesseits des Nationalstaats, S. 492–494.

schränken, noch sind daraus normative Leitlinien für ein Gemeinwesen zu gewinnen, die eine politische Identität generieren.

Seit der Gründung der Bundesrepublik ist über ihre Gestalt, ihre Idee und ihre Identität gestritten worden. Solche Kontroversen fanden unter den einschränkenden Bedingungen statt, die die totale Niederlage des verbrecherischen NS-Staates, die Umstände des Kalten Krieges und nicht zuletzt die deutsche Teilung mit sich brachten. Wie der Rückblick lehrt, ist es nicht zuletzt diese unklare Ausgangsposition gewesen, die den Diskurs über politische Ideen besonders produktiv gestaltete.

Eine verbreitete Lesart besagt, dass das Demokratie-wunder dem westdeutschen Wirtschaftswunder folgte und dass die geglückte Demokratie vor allem auf einer erfolgreichen ökonomischen und sozialen Integrationsleistung beruhte. Die Modi der gewaltenteiligen Ordnung und das Arrangement mit den Grundzügen westlicher politischer Kultur wirken in dieser Perspektive wie das Anhängsel einer funktionierenden, marktwirtschaftlich organisierten Industriegesellschaft. Der alternativlosen Option für den Westen folgten, so das dominierende Deutungsschema, erst nach und nach die Akzeptanz und die Aneignung westlicher Werte in der Bevölkerung. Zeit- und Sozialhistoriker sprechen deshalb zutreffend von Prozessen der Liberalisierung und Westernisierung. Dieser Interpretation wird man auf gesellschaftlicher und politisch-kultureller Ebene kaum widersprechen wollen. Die politische Ideengeschichte unterliegt jedoch anderen Gesetzmäßigkeiten und lässt sich schwerlich unter dem Aspekt einer teleologischen Entwicklung betrachten. Eine Historisierung des politischen Denkens in der Bundesrepublik hat immer mit

Ungleichzeitigkeiten zu tun; ganz Verschiedenes wird parallel gedacht, und selten ist klar, welche Denkströmungen im Diskurs eine hegemoniale Stellung beanspruchen können. Aus kontroversen politiktheoretischen Debatten entstehen vielmehr gewisse Traditionskreise, die als Anknüpfungspunkte Identitäten stiften und ein politisches Selbstverständnis prägen.

Eine pluralistische Verfasstheit politischer Diskurse prägt die Bundesrepublik seit ihrem Beginn. Beispielsweise wird mit guten Gründen darauf verwiesen, dass der Antikommunismus der 1950er Jahre einhergehen konnte mit einer katholisch inspirierten, europäisch ausgreifenden Abendlandidee; ein weiteres gegenwartsdiagnostisches Paradigma war gleichzeitig der technokratische Konservatismus, der davon ausging, dass die Sachzwänge der Industriegesellschaft demokratischen Wettbewerb um politische Handlungsoptionen obsolet machten. Demgegenüber sollten aber auch die Bundesrepublikaner der ersten Stunde nicht vergessen werden, die in erzieherischer Absicht Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft betrieben und gegen die vermeintlichen Zwänge einer uniformen Massengesellschaft am Idealbild eines tugendhaften und partizipationsfähigen Bürgers im liberalen Staat festhielten. Die Geschichte des politischen Denkens – auch und gerade in der Bundesrepublik – lehrt, dass es keine einfachen Fortschrittserzählungen gibt. Wie über das Gemeinwesen, die politische Ordnung und die darin lebenden Bürger reflektiert wird, ist den Pendelschwüngen bestimmter Problemkonstellationen ebenso ausgesetzt wie wiederkehrenden Grundsatzfragen. Es steht jedoch außer Frage, dass sich in der Bundesrepublik eine Reflexionskultur ausgebildet hat, die auch heutige Debattenlagen vorstrukturiert.

Nun wird ein ideenpolitisches Design der Bundesrepublik gewiss ebenso schwierig zu konturieren sein wie eine »vernünftige Identität«. Darin liegt auch nicht die erste Aufgabe politischer Theorie. Allerdings sollte die politische Ideengeschichte immer wieder eine Inventur dessen versuchen, was nachhaltigen Einfluss auf das politische Denken entfaltet hat. Als »Land ohne geistigen Schatten« (Rüdiger Altmann) wird man die Bundesrepublik an der Schwelle zum siebten Jahrzehnt ihres Bestehens nicht mehr abtun können. Die politischen Denker, die ihre Geschichte kritisch, reformorientiert oder affirmativ begleiteten, haben sich an ihr nicht nur unermüdlich abgearbeitet. Ihre Debatten haben den Staat mitgeprägt und der liberalen Demokratie Begründungsangebote unterbreitet, die in den politischen Ideenhaushalt eingesickert sind. Im Sinne nicht bloß gegenwartsfixierter, sondern ideenhistorisch informierter politischer Theorie wäre es fahrlässig, diese Erträge als Vorratsreflexion für stets gegenwärtige Probleme ungenutzt zu lassen. Sicherlich spiegelt sich die politische Geschichte eines Landes im Auf und Ab der Tagespolitik, im Regierungshandeln, in Parlamentsdebatten, in gesellschaftlichen Interessenkonflikten, in den Auseinandersetzungen der Parteien und Verbände. Sie allein sagt allerdings noch wenig über die normative Grundierung, den Wandel und die Kontinuität von leitenden Ideen aus. Dazu bedarf es der politischen Theorie und der Ideengeschichte. Sie verschaffen uns einen Zugang zu einer normativen Selbstverständigung und erinnern an leitende Werte und Vorstellungen, die idealerweise eine Politik, die am Gemeinwohl orientiert ist, ausmachen sollten.

Die nachfolgenden Überlegungen gehen davon aus, dass politische Diskurse durchaus identitätsbildende Dis-

kurse sind. Trotz aller Untiefen, die mit der Vermutung einer kollektiven Identität einhergehen, kann das Nachdenken über ein Gemeinwesen schwerlich auf die Fiktion einer »Wir-Gemeinschaft« verzichten, solange sie Wert auf Solidarbeziehungen und soziale Gerechtigkeit legt.² Die Systemtheorie mag den Blick für die Gesellschaft schärfen und die Schwierigkeiten politischer Gemeinschaftsbildung drastisch vor Augen führen – eine Entscheidung zur normativen Abstinenz kann sie nicht erzwingen. Die Soziologen des kalten Blicks – von Arnold Gehlen bis Niklas Luhmann – haben immer wieder erfahren müssen, dass das von ihnen prognostizierte Ende gestaltender Politik gerade aufgrund der Abschreckungswirkung ihrer Entwürfe Abwehrreaktionen hervorruft. Der Blick auf einige herausragende Denker der Bundesrepublik zeigt, wie das Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Bürger angesichts solcher Herausforderungen neu durchdacht worden ist – um den Glauben an die Gestaltungskraft demokratisch legitimierter Politik in einer liberalen Ordnung zu stärken.

Ziel dieses Essays kann es nicht sein, eine Synthese zur politischen Ideengeschichte der Bundesrepublik zu liefern. Die Forschung der letzten Jahre beginnt erst, dieses Thema zu entdecken, und es zeigt sich langsam, wie weit verzweigt ein Terrain ist, das die bewegten Bedingungen politischer Reflexion widerspiegelt. Davon wird auf den folgenden Seiten nur ein kleiner Ausschnitt eingefangen, gewissermaßen der kleine Teil eines theoretischen Elitendiskurses. Es ist völlig unstrittig, dass wichtige, breiten-

2 Vgl. dazu Bude, Bilanz der Nachfolge, S. 38–64.

wirksamere politische Debatten anderswo stattfinden – nämlich im unmittelbaren politischen Tagesgeschäft, in den Fernseh-, Rundfunk- und Printmedien, auch in den Feuilletons und in der Kunst. Um die Problemlagen politischen Denkens in kondensierter Form zu vergegenwärtigen, kann es aber nicht schaden, sich mit den nun schon fast als moderne Klassiker zu bezeichnenden Theoretikern zu beschäftigen, die sich nicht ohne Leidenschaft und innere Beteiligung daranmachen, die Bestandsvoraussetzungen und Erhaltungsbedingungen der Bundesrepublik kritisch zu reflektieren. Bei aller Selektivität der hier vorgenommenen Auswahl gilt doch die Vermutung, dass eine Beschäftigung mit den bundesrepublikanischen Perspektiven von Dolf Sternberger, Ralf Dahrendorf oder Jürgen Habermas nicht lediglich ideenhistorischen Wert hat, sondern auch in der Gegenwart wichtige Orientierungshilfen bietet. Denn die grundsätzlichen Fragen, die aus politiktheoretischer Warte für ein Gemeinwesen relevant sind, finden nie einen Abschluss, sondern werden bisweilen liegengelassen, um dann wieder aufs Neue aufgenommen zu werden. Auch wenn sich in gewisser Weise Fortschritte erkennen lassen – fortschreitende Sensibilisierung im Hinblick auf soziale Chancengleichheit, die Gleichstellung der Geschlechter oder multiethnische Toleranz sorgen für Aufmerksamkeitsvarianzen. Fragen, die erledigt schienen, können wiederkehren, oder die politischen Hoffnungen fixieren ein neues Subjekt: den Staat, die Gesellschaft, den aktiven Bürger. Unterschiedliche Konzeptionalisierungen des Politischen können auf die Interventions- oder Steuerungsfähigkeit des Staates setzen, die Selbstregulierungen innerhalb gesellschaftlicher Gruppen favorisieren oder das Engagement und die Verantwortung des einzelnen Bürgers für zentral halten.

Insofern sind die Fragen, die – neben einigen anderen – heute unter veränderten Bedingungen in der Bundesrepublik gestellt werden, oft Variationen dessen, was schon in den 60 Jahren ihrer Geschichte die Gemüter bewegte. Auch heute beschäftigt uns, worauf der Staat seine Legitimität gründet und welches historische Selbstverständnis die Identität der Bundesrepublik prägt. Wie zu früheren Zeiten erscheint das Verhältnis von Staat und Gesellschaft alles andere als geklärt. Besitzt der Staat noch eine normative Kraft – und wie wäre sie zu fassen? Im Unterschied zu ihren Anfangsjahren scheint in der politischen Kultur der Bundesrepublik der Bürger wieder eine wichtigere Rolle zu spielen. Nutzen die Advokaten bürgerlicher Eigenverantwortung den Begriff, nur um Entstaatlichung und ökonomischer Liberalisierung das Wort zu reden? Oder handelt es sich hier vielmehr um eine zivilgesellschaftliche Öffnung, die Demokratisierungspotentiale erschließen soll?

Inhalt

Ideenpolitik und Verfassungswirklichkeit	7
Ausgebliebene Revolution, Legitimationsprobleme und nachträgliche Gründung	14
Staat ohne Idee? Ein zögerlicher Neubeginn	17
Keine Revolution – Aufarbeitung des deutschen Sonderweges	24
1968 – revolutionäre Phantasie an die Macht?	34
Legitimationsprobleme und nachträgliche Begründung der Republik	39
Identitätsdebatten – und am Ende doch eine unverhoffte Revolution	43
Staat und Gesellschaft	51
Die politisch-moralische Rahmung der Marktwirtschaft: Das ordoliberalen Modell	53
Technokratische Entpolitisierung: Die Bundesrepublik als Staat der Industriegesellschaft	60
Die Gesellschaft als politisches Paradigma	65
Übrig bleibt der Rechtsstaat:	
Jürgen Habermas	69
Liberale Staatsfreundschaften	74
Bürgerlichkeit und Zivilgesellschaft	84
Bürgerlicher Aristotelismus: Dolf Sternberger und Joachim Ritter	88
Das Unbehagen an der entpolitierten Technokratie: Neue Wege für Partizipation	93

Liberal-konservative Bürgerlichkeit:	
Die Verteidigung des Unvollkommenen	102
Das gute Leben	107
Nüchternheit und Vitalität	114
Literatur	121
Zum Autor	129

Zum Autor

Jens Hacke, PD Dr. phil., Politikwissenschaftler; derzeit Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg; von 2008 bis 2016 Wissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der politischen Theorie und der Ideengeschichte.

In memoriam
Marianne Hacke (1923–2006)

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© 2009 by Hamburger Edition

Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Typografie und Herstellung: Jan Enns
Satz aus Stempel-Garamond
von Dörlemann Satz, Lemförde
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-86854-214-1
1. Auflage September 2009